

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 01/0170/WP18
Federführende Dienststelle: FB 01 - Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 17.11.2021
		Verfasser/in:
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 15.09.2021 (öffentliche Sitzung)		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
08.12.2021	Hauptausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Stadt genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 15.09.2021 (öffentlicher Teil).

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
		X	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
	Einzahlungen	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschrieb ener Ansatz 20xx ff.	Folge- kosten (alt)	Folge- kosten (neu)
	Ertrag	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	<i>0</i>		<i>0</i>			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Weitere Erläuterungen (bei Bedarf):

Klimarelevanz

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Der Effekt auf die CO₂-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

gering	<input type="checkbox"/>	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	<input type="checkbox"/>	80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	<input type="checkbox"/>	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

gering	<input type="checkbox"/>	unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
mittel	<input type="checkbox"/>	80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
groß	<input type="checkbox"/>	mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

<input type="checkbox"/>	vollständig
<input type="checkbox"/>	überwiegend (50% - 99%)
<input type="checkbox"/>	teilweise (1% - 49 %)

	nicht
	nicht bekannt

Anlage/n:

Niederschrift Hauptausschuss vom 09.06.2021 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t

öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

23. September 2021

Sitzungstermin:	Mittwoch, 15.09.2021
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:10 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Europa, EUROGRESS AACHEN, Monheimsallee 48, 52062 Aachen

Anwesende:

Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen

Bürgermeister Holger Brantin

ab 17:15 Uhr

Ratsherr Christoph Allemand

Ratsfrau Franca Braun

Ratsfrau Andrea Derichs

Vertretung für: Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Hans Leo Deumens

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsfrau Ulla Griepentrog

Ratsfrau Pola Heider

Vertretung für: Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Ratsherr Wilhelm Helg

Ratsfrau Maria Keller

Vertretung für: Ratsherr Mathias
Dopatka

Ratsfrau Iris Lürken

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsfrau Daniela Parting

Ratsherr Michael Rau

Ratsherr Michael Servos

Ratsfrau Monika Annette Wenzel

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsherr Dipl.-Ing Jörg Bogoczek

Ratsfrau Sigrid Moselage

Ratsherr Wolfgang Palm

Abwesende:

Ratsfrau Gaby Breuer

entschuldigt

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

entschuldigt

Ratsherr Mathias Dopatka

entschuldigt

Ratsherr Markus Mohr

unentschuldigt

von der Verwaltung:

Stadtdirektorin Grehling

Dezernat II

Beigeordnete Burgdorff

Dezernat III

Beigeordnete Schwier

Dezernat IV

Beigeordneter Dr. Kremer

Dezernat V

Beigeordneter Prof. Dr. Sicking

Dezernat VI

Frau Dr. Bacher

Fachbereich Kommunikation und Stadtmarketing

Frau Bausch

Gleichstellungsbeauftragte

Herr Bergstein

Fachbereich Sicherheit und Ordnung

Frau Duikers

Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung

Herr Jonek

Dezernat II

Herr Klee

Dezernat I

Herr Meiners

Fachbereich Klima und Umwelt

HA/05/WP18

Ausdruck vom: 23.09.2021

Seite: 2/21

Frau Spiegelberg

Fachbereich Personal, Organisation, E-Government und
Informationstechnologie

Herr Thalau

Aachener Stadtbetrieb

als Schriftführer:

Herr Berg

Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 09.06.2021
(öffentlicher Teil)
Vorlage: FB 01/0132/WP18**

- 3 **Sachstandsbericht zum Antrag des Kinderschutzbundes auf Benennung des Vorplatzes
des Depots Talstraße in Platz der Kinderrechte
hier: Tagesordnungsantrag der SPD-Fraktion vom 13.07.2021
Vorlage: FB 62/0009/WP18**

- 4 **Evaluation des Gleichstellungsplans
Vorlage: FB 11/0035/WP18**

- 5 **Sachstandsdarstellung zum UWG Ratsantrag Nr. 435/17 vom 13.01.2019 - Böller und
feuerwerksfreie Zone Aachen zum Silvesterabend hier: Tagesordnungsantrag der
Fraktion DIE Zukunft vom 01.07.2021
Vorlage: FB 32/0007/WP18**

- 6 **Sachstandsbericht "Zentrales Feuerwerk"**

HA/05/WP18

Ausdruck vom: 23.09.2021

Seite: 3/21

hier: Tagesordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 03.08.2021

Vorlage: FB 32/0008/WP18

- 7 Mitglieder von Kontrollgremien besser informieren (Ratsantrag der CDU-Fraktion vom 25.03.2021) hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.07.2021**
Vorlage: FB 20/0062/WP18
- 8 Bürgernähe in Zeiten der Pandemie**
hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.07.2021 (Ratsantrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2021)
Vorlage: FB 13/0001/WP18
- 9 Respekt für Polizei, Feuerwehr, Ordnungs- und Rettungskräfte (Ratsantrag der CDU-Fraktion vom 16.03.2021)**
hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.07.2021
Vorlage: FB 01/0141/WP18
- 10 Mitteilungen der Verwaltung**
- 11 Sonderförderung für Flutopfer im Rahmen der städtischen Förderprogramme für Solaranlagen und energetische Gebäudesanierung**
Vorlage: FB 36/0093/WP18
- 12 "Sachstandsbericht zur Entwicklung in der Pontstraße" hier: Tagesordnungsantrag der SPD vom 02.09.2021**
Vorlage: FB 32/0006/WP18
- 13 Offener Brief zum Thema "Hilfen für Hochwassergeschädigte"**
hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 10.09.2021

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung:**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 09.06.2021 (nichtöffentlicher Teil):**
Vorlage: FB 01/0135/WP18

- 3 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Frau Oberbürgermeisterin Keupen eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und fragt, ob hinsichtlich der Tagesordnung Änderungswünsche bestehen.

Ratsherr Deumens (DIE LINKE) weist darauf hin, dass sich ein großer Teil der heute zu beratenden Tagesordnungsanträge auf zurückliegende Ratsanträge beziehen. Die schriftlichen Unterlagen dazu seien teilweise erst sehr spät übersandt worden. Ein Vorlage sei erst heute bei ihm per Post angekommen.

Seit der letzten Kommunalwahl habe es eine Flut von Ratsanträgen gegeben. Man müsse einmal gemeinsam überlegen, wie man damit für die Zukunft umgehen solle.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen äußert ihr Bedauern, dass die Verwaltung die Vorlagen nicht schneller übersenden konnte. Man sei aber bemüht, alle Ratsanträge und Ratsanfragen zu beantworten. Sie kündigt an, dass in Kürze zu einem interfraktionellen Gespräch unter Anwesenheit des gesamten Verwaltungsvorstandes eingeladen werde, bei dem eine Priorisierung zur Bearbeitung der Ratsanträge gemeinsam erarbeitet werden soll.

Am vergangenen Montag sei der kurzfristig eingegangene Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion zu den Hilfen für Hochwassergeschädigte noch in die Tagesordnung aufgenommen worden, da auch die Verwaltung dieses Thema für wichtig einschätze. Sie bittet den Hauptausschuss um Zustimmung, dieses Thema als TOP 12 im öffentlichen Sitzungsteil zu behandeln. Hiergegen regt sich kein Widerspruch.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 09.06.2021 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 01/0132/WP18

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt genehmigt bei zwei Enthaltungen einstimmig die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 09.06.2021 (öffentlicher Teil).

zu 3 Sachstandsbericht zum Antrag des Kinderschutzbundes auf Benennung des Vorplatzes des Depots Talstraße in Platz der Kinderrechte

hier: Tagesordnungsantrag der SPD-Fraktion vom 13.07.2021

Vorlage: FB 62/0009/WP18

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) äußert, dass sie die Benennung eines Platzes mit der Bezeichnung „Platz der Kinderrechte“ grundsätzlich gut finde. Man sollte aber mit der Lenkungsgruppe und auch mit den Mietern des Depots darüber nachdenken, ob der Vorplatz des Depots so benannt werden solle. Eigentlich sei es schade, wenn ein so großer Name für so einen kleinen Platz vergeben werde. Sie bittet darum, diese Bedenken der Bezirksvertretung Aachen-Mitte mitzugeben und dort in die Überlegungen einzubeziehen.

Ratsherr Allemann (DIE ZUKUNFT) unterstützt die Äußerungen von Ratsfrau Griepentrog.

Ratsfrau Keller (SPD) bittet darum, bei der Entscheidung zu bedenken, dass es in der Vergangenheit in Aachen viele Schulen- und Europaprojekte gegeben habe, die an dieser Stelle durchgeführt wurden. Im Verteilerkreis seien die Kinderrechte damals festgehalten worden.

HA/05/WP18

Ausdruck vom: 23.09.2021

Seite: 6/21

Ratsherr Deumens (DIE LINKE) stimmt ebenfalls den Äußerungen von Ratsfrau Griepentrog zu. Vor kurzem habe man das 12-jährige Jubiläum des Projektes Soziale Stadt Aachen-Nord gefeiert. Es sei aber zu bedauern, dass sich das Depot bisher nicht als Bürgerzentrum habe entwickeln können. Vielleicht könne man sich an diesem Gedanken orientieren, wenn man diesem Platz einen Namen geben möchte. Er bittet darum, auch dies der Bezirksvertretung mitzugeben.

Ratsfrau Lürken (CDU) betont, dass es einen „Platz der Kinderrechte“ bisher in Aachen nicht gebe und man einen so benannten Platz brauche. Die Frage sei nur, ob er an dieser Stelle sein müsse. Das solle die Bezirksvertretung entscheiden. Sie glaube schon, dass einiges dafür spreche, dass mit einem solchen Namen ein größerer Platz verbunden sein solle. Man solle die Sache vertrauensvoll der Bezirksvertretung übergeben und schauen, dass dort eine gute Lösung erarbeitet werde. Die Bedenken, die vorgebracht wurden, würden auch von der CDU geteilt.

Ratsherr Servos (SPD) stellt klar, dass seine Fraktion nur den Tagesordnungsantrag gestellt habe. Die Idee, diesen Platz umzubenennen, stamme vom Kinderschutzbund selbst und von den anderen Mieterinnen und Mietern des Depots. Insofern sei es zunächst einmal zu akzeptieren, dass man sich diesen Namen vor Ort wünsche. Er verstehe aber, dass man gerne einen größeren Platz mit diesem Namen habe. Die Bezirksvertretung werde dazu sicher kreativ und weise entscheiden. Den Willen der Antragsteller solle man zumindest aber nicht ohne Absprache vom Tisch wischen.

An diesem Platz sei immer sehr viel los, seitdem gegenüber das Habibi-Büchchen aufgemacht habe. Und das sollte auch zu denken geben, dass das Depot selber, das eigentlich diese Funktion haben sollte, diese Funktion bisher nicht übernehme, sondern das Büchchen diese Funktion erfülle. Vielleicht sei in der Konzeption des Depots noch einmal dringend etwas zu überarbeiten, damit der Platz dann in seinen potentiellen Namen reinwachsen könne.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen erläutert, dass die Verwaltung derzeit dabei sei, die Erkenntnisse aus der Evaluation des Projektes Soziale Stadt Aachen-Nord zur weiteren Sicherung des Depots und seines Auftrages vorzubereiten. Hierzu werde man auf die Fraktionen zukommen, sobald man dazu sprechfähig sei. Auch hierbei gehe es darum, noch einmal genau hinzusehen, wie man den Auftrag dieses Hauses auf die Zukunft hin gut absichern könne.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis und empfiehlt mit den in der heutigen Sitzung formulierten Ergänzungen, den Antrag des Kinderschutzbund Ortsverband Aachen e.V. auf Benennung des Platzes vor dem Depot Talstraße in „Platz der Kinderrechte“ zu benennen, in eine der nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung Aachen-Mitte zu beraten und zu beschließen.

HA/05/WP18

Ausdruck vom: 23.09.2021

Seite: 7/21

zu 4 Evaluation des Gleichstellungsplans

Vorlage: FB 11/0035/WP18

Die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Bausch, sowie Frau Spiegelberg vom Fachbereich Personal stellen abwechselnd anhand einer Präsentation die Evaluation vor. Diese Präsentation ist dieser Niederschrift beigelegt.

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) bedankt sich für den Vortrag und äußert, dass es noch ein langer Weg sei, bis man diese Arbeit nicht mehr benötige. Es sei gut, dass die Stadtverwaltung sich zu diesen Themen auf den Weg gemacht habe. Sie bittet darum, dass Stadt Aachen und die Städteregion sich bezüglich der Verwendung eines Gender-Sternchens oder eines Unterstriches auf ein einheitliches Vorgehen einigen sollten.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) dankt ebenfalls für den Vortrag und betont, dass die erfolgreiche Arbeit an einem neuen Personalgewinnungskonzept nun Früchte trage. Man schaffe es nun, Frauen in Männerberufe zu bekommen und auch umgekehrt Männer in Frauenberufe. Es sei auch sehr gut, dass es gelungen sei, in kürzester Zeit die 1000 Heimarbeitsplätze auszurichten. Ein großer Teil der hierdurch erfolgten Verschiebungen werde sicher auch bleiben. Man müsse aber auch bedenken, dass man einen hohen Standard in der Stadt habe, was die Ausbildung betreffe. Wenn alle im Homeoffice arbeiteten würden, würde dies allerdings etwas erschwert. Man brauche die Menschen auch vor Ort. Gleichwohl sei es eine gute und ergänzende Einrichtung, die auch nicht mehr wegzudenken sei.

Egal wie man das Gendern vornehme, es sei nicht das, was der Rechtschreiberat vorschreibe. Man werde es aber auf irgendeine Art und Weise lösen müssen. Es sei wünschenswert, dieses gemeinsam auf den Weg zu bringen.

Ratsherr Allemand (DIE ZUKUNFT) dankt für den Bericht und führt aus, dass in der Einleitung das Wort „Verfeinerungen“ stehe. Dies klinge so, als sei man schon bei den letzten 5 Prozent. Er fragt, ob dies wirklich der Fall sei oder nicht vielmehr damit Verbesserungen gemeint seien.

Ratsherr Servos (SPD) dankt auch im Namen seiner Fraktion. Als 2018 oder 2019 die Idee des Personalgewinnungskonzeptes aufgelegt wurde, sei das primäre Bestreben eigentlich gewesen, Fachkräfte zu gewinnen. Daher sei die Idee ursprünglich aus Eigennutz entstanden. Umso wichtiger sei es, dass nun hier noch einmal der Fokus darauf gelenkt werde, wie wichtig es für die Familien sei, die hiervon profitieren können. Die klassischen Rollenbilder seien belastend für die Familien, weil die Väter sich oft nicht trauen, die Errungenschaften zu nutzen, weil sie dann als „Weichei“ gelten. Man müsse dies vorleben, um diesen Druck wegzunehmen. Dieser Randaspekt werde bisher zu selten betont. Die

Elternzeit werde verstärkt von Vätern wahrgenommen und diese Zeit verändere die Menschen sehr und bereichere sie auch. Davon profitiere am Ende die ganze Verwaltung und damit auch die ganze Stadt.

Frau Bausch antwortet, dass sie sich den Hinweis zur Vereinheitlichung des Genderns aufgeschrieben habe. Bei dem Begriff „Verfeinerungen“ gehe es eher um eine sprachliche Frage. Zum Thema Männlichkeit müsse man tatsächlich dafür sensibilisieren, dass es unterschiedliche Vorstellungen von Männlichkeit gebe und das auch die Rolle des „weicheren“ Vaters eine Rolle ist.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen zur Evaluation des Gleichstellungsplans zur Kenntnis.

**zu 5 Sachstandsdarstellung zum UWG Ratsantrag Nr. 435/17 vom 13.01.2019 - Böller und
feuerwerksfreie Zone Aachen zum Silvesterabend hier: Tagesordnungsantrag der
Fraktion DIE ZUKUNFT vom 01.07.2021
Vorlage: FB 32/0007/WP18**

Frau Oberbürgermeisterin Keupen erklärt, dass die TOP 5 und 6 zusammen beraten werden können.

Ratsherr Allemand (DIE ZUKUNFT) weist darauf hin, dass der Antrag bereits aus dem Jahre 2019 stamme. Es sei nun klar geworden, dass es für ein Verbot keine rechtliche Grundlage gebe und die Verwaltung sage, dass sie auch gar keine Möglichkeit habe, es zu machen. Er bedauere aber, dass auch gesagt werde, dass eine Erstmaßnahme, ob Lichtshow oder Feuerwerk, die Sache eventuell noch verschlimmern könnte. Dies sei doch nur reine Spekulation. Die Durchführung einer Marketingkampagne sei zu begrüßen. Aber dies solle aus den Reihen der Verwaltung durchgeführt werden und nicht von Externen.

Ratsfrau Wenzel (GRÜNE) bedankt sich zunächst bei der UWG sowie bei DIE LINKE für die Einreichung dieser Anträge. Die Diskussion sei auch im Sinner ihrer Fraktion. Man nehme es so hin, dass aufgrund der rechtlichen Situation die Feuerwerke nur innerhalb des Grabenringes verhindert werden dürfen. Man habe lange darüber diskutiert, ob es Sinne mache und hilft, wenn man eine Ort finde, an dem man eine Alternativveranstaltung durchführen könne. Dabei sei man aber zu dem Ergebnis gekommen, dass es in Aachen keinen Platz gebe, der für Stadt und Bezirke gut wäre.

Ihre Fraktion sei auch für eine Marketingkampagne, um nochmal für dieses Thema zu sensibilisieren, was dieses Feuerwerk für die Umwelt und für traumatisierte Menschen bedeute.

Ratsfrau Lürken (CDU) äußert, dass dieses Thema schon länger diskutiert werde und auch schon einmal im Bürgerforum angesprochen wurde. Tatsächlich gebe es derzeit keine rechtliche Möglichkeit, es zu verbieten. Jede und jeder sei gefordert zu entscheiden, ob man ein Feuerwerk abbrennen wolle oder nicht. In den vergangenen Jahren sei es weniger geworden. Wenn man an dieser Stelle Verbote aussprechen würde, würde das schon die Gesellschaft ein Stück weit spalten. Bei der Entscheidung seine viele verschiedene Punkte abzuwägen. Es sei gut, diese zu diskutieren, aber die Entscheidung müsse der Bund treffen. Das Problem sei aber auch ein europäisches, das es wenig Sinn mache, an einer Stelle etwas zu verbieten und in der Nachbarschaft sei es aber weiter erlaubt.

Ratsherr Deumens (DIE LINKE) führt aus, dass der Antrag seiner Fraktion aus Dezember 2020 stamme. Er hätte sich eine frühere Stellungnahme der Verwaltung dazu gewünscht. Es sei traurig, dass es kein Bundesgesetz dazu gebe, das entsprechende Verbote zulässt. Bei der Vorlage habe er den Eindruck, dass mehr gesagt werde, was nicht geht, als was geht. Ein zentrales Feuerwerk könnte doch tatsächlich einmal versucht werden. Eine Marketingkampagne werde seine Fraktion unterstützen, allerdings sollte diese dann auch von der Stadt selber gemacht werden.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen äußert, dass die Verwaltung die Anregungen hinsichtlich der Medienkampagne aufnehmen werde.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

zu 6 Sachstandsbericht "Zentrales Feuerwerk"

hier: Tagesordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 03.08.2021

Vorlage: FB 32/0008/WP18

Siehe hierzu die Wortbeiträge unter TOP 5.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

zu 7 Mitglieder von Kontrollgremien besser informieren (Ratsantrag der CDU-Fraktion vom 25.03.2021) hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.07.2021

Vorlage: FB 20/0062/WP18

Ratsfrau Lürken (CDU) dankt für die Vorlage. Sie sei guter Dinge, dass die Informationen zu den Mitgliedern kommen und Vertraulichkeit gewahrt werden könne. Das Allris-Programm sei sicherlich geeignet. Ihre Fraktion wünsche sich, dass dies so gegen Ende des Jahres umgesetzt werden könne.

HA/05/WP18

Ausdruck vom: 23.09.2021

Seite: 10/21

Ratsherr Servos (SPD) äußert, dass er nicht verstanden habe, wie so eine Vorlage genau aussehen solle. Vor 2005 habe es wohl schon einmal solche Vorlagen für die Mitglieder kommunaler Aufsichtsratsgremien gegeben, mit einer Stellungnahme, was im Interesse der Stadt liege. Er möchte aber wissen, wie dieses Interesse der Stadt definiert werde. Ist es rein finanziell oder auch strategisch-inhaltlich und wer legt das bei den verschiedenen Tagesordnungspunkten nach welchen Maßgaben fest? Als Mitglied eines Aufsichtsratsgremiums bekomme man zwar eine Handreichung, aber diese schränke einen nicht in der Abstimmungsfreiheit ein. Es gehe wohl überschlagsmäßig gerechnet um ca. 80 Vorlagen pro Jahr, die erstellt werden müssten. Wenn die bisher 192 eingereichten Ratsanträge nicht zu bewältigen seien, frage man sich, wie dieses zusammen gehe.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen erläutert, dass es im Beteiligungsmanagement der Verwaltung Alltag sei, die Aufsichtsräte entsprechend zu begleiten und vorzubereiten. Die Kriterien seien im Rahmen der bestehenden Beschlüsse, der Ausrichtung der Verwaltung, und es sei zu begrüßen, dass man nun auch in Austausch gehe über die strategische Ausrichtung der Gesellschaften und dass dies dann auch in den Vorbereitungen stärker kommuniziert werde. Natürlich seien die Mitglieder in ihrem Aufsichtsratsmandat frei, aber es gehe auch um eine fachliche Unterstützung. Dazu sei sicher gerade auch bei den neuen Aufsichtsratsmitgliedern ein Bedarf vorhanden.

Ratsherr Allemand (DIE ZUKUNFT) dankt der CDU-Fraktion für diesen Antrag, da in diesem Gremien viel Verantwortung liege und Kontrolle wichtig und notwendig sei. Er verstehe die Vorlage der Verwaltung allerdings so, dass weder die Vollständigkeit noch die Schnelle zu gewährleisten sei. Dann müsse die Politik sich überlegen, welche anderen Möglichkeiten zu finden seien, um das zu gewährleisten. Denn diese Gremien dürften nicht zu einem Abnickverein werden.

Ratsherr Rau (GRÜNE) betont, dass es eigentlich selbstverständlich sei und keines Ratsantrages bedürfe, dass es solche Informationen gebe. Die Beteiligungsverwaltung müsse von sich aus bei für sie entscheidenden Fragen Vorlagen für die Aufsichtsratsmitglieder erstellen. Zu einem früheren Zeitpunkt sei das auch so gewesen. Das Argument der Kurzfristigkeit und des Datenschutzes lasse er in diesem Falle nicht gelten. Er könne nicht verstehen, weshalb das aus Gründen der Vertraulichkeit nicht per Mail gehe. Dies ginge in den Aufsichtsratsgremien ja auch. Dort gebe es Lösungen, wie das funktioniere. Bei den erforderlichen Informationen gehe es um Sachinformationen und Erklärungen. Hierzu erwarte er eine Unterstützung der Verwaltung. Dafür müsse auch kein neues Personal eingestellt werden.

Frau Stadtdirektorin Grehling erläutert, dass es tatsächlich früher Vermerke der Beteiligungsverwaltung für die Aufsichtsratsmitglieder gegeben habe. Es habe aber auch Diskussionspunkte gegeben, bei denen nicht so gerne gesehen worden sei, dass die Beteiligungsverwaltung sich dazu einbringe. Diese

begleitende Leistung sei dann tatsächlich eingestellt worden. In bestimmten Gremien gebe es nichtsdestotrotz weitergehende Informationsvermerke und dafür brauche man auch nicht 20 neue Leute. Die Inhalte der einzelnen Punkte müssten spätestens dann aufbereitet werden, wenn sie zur einer Ratsentscheidung vorbereitet werden müssen.

Zur Frage der Kurzfristigkeit führt sie aus, dass es tatsächlich den ein oder anderen Fall gebe, bei dem eine Information erst am Morgen der Aufsichtsratssitzung oder in der Sitzung stattfindet. Dies dann noch zu bewerten sei schlichterding nicht möglich.

Die Frage des Datenschutzes sei zumindest zu beachten, aber der Vorlage könne entnommen werden, dass das nicht bedeute, dass man deswegen keine Bewertungen vornehme. Man werde dafür einen Weg finden. Sie wolle aber darauf hinweisen, dass sie Cloud-Lösungen nicht für anstrebenswert halte.

Die Beteiligungsverwaltung treffe keine Strategie-Entscheidung, sondern sei dafür da, den Mitgliedern der Aufsichtsräte die Risiken und die möglichen Konsequenzen von Entscheidungen aufzuzeigen. Es gehe dabei nicht darum, in Vermerken Weisungen auszusprechen. Diese stünden der Beteiligungsverwaltung nicht zu. Weisungen könne möglicherweise der Rat aussprechen.

Eine technisch saubere Lösung zur Übermittlung der Informationen werde nicht schon morgen präsentiert werden können, sondern da müsse die Verwaltung noch dran arbeiten.

Ratsherr Servos (SPD) bedankt sich für die Klarstellungen. Er lege Wert darauf, dass sich aus den Vorlagen keinerlei Vorgabe für die Entscheidung der Aufsichtsgremienmitglieder ergebe, sondern dass man da komplett frei entscheiden könne.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen betont, dass die Verwaltung die Eigenständigkeit der Aufsichtsratsmandate selbstverständlich sehr ernst nehme. Als Kommune bzw. Gesellschafter sei man aber auch in der Pflicht, Informationen beizusteuern.

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen der Beteiligungsverwaltung zur Kenntnis und beauftragt einstimmig die Verwaltung mit der schnellstmöglichen Umsetzung inklusive Schaffung der technischen Voraussetzungen.

zu 8 Bürgernähe in Zeiten der Pandemie

hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.07.2021 (Ratsantrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2021)

Vorlage: FB 13/0001/WP18

Ratsfrau Eschweiler (CDU) äußert ihre Freude darüber, dass das nun so umgesetzt werden kann. In den Bezirken habe man seit vielen Jahren die Bürger*innensprechstunde, die auch in aller Regel gut

angenommen würden. Dies sei ein wichtiger Austausch, der in Zeiten der Pandemie fehle. Man habe dann mit eigenen Mittel Telefon- oder Videokonferenzen angeboten. Dies sollte man aber auch in Zukunft anbieten können. Darüber sei man in den Bezirken sehr froh und werde dies auch rege anbieten.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt einstimmig die Verwaltung damit, die Online-Sprechstunden der Bezirksbürgermeister*innen, wie in der Vorlage vorgeschlagen, einzurichten und die Sprechstunden – ebenso wie die der Bürgermeister*innen – zu bewerben.

zu 9 Respekt für Polizei, Feuerwehr, Ordnungs- und Rettungskräfte (Ratsantrag der CDU-Fraktion vom 16.03.2021)

hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.07.2021

Vorlage: FB 01/0141/WP18

Herr Bürgermeister Brantin (CDU) betont, dass man eine hohe Wertschätzung für die Leistungen und die Dienste von Polizistinnen und Polizisten, von Feuerwehrfrauen, Feuerwehrmännern, Rettungskräften und Ordnungskräften habe. Man müsse sehen, was diese Kräfte überall leisten, in Pandemiezeiten und zuletzt auch bei den Überflutungen. Diese Menschen hätten Menschenleben gerettet und dabei auch ihr eigenes Leben aufs Spiel gesetzt und leider auch zum Teil verloren. Auch alltäglich leisteten diese Kräfte Enormes und setzten dabei ihre Gesundheit aufs Spiel. Leider würden diese Menschen in ihren Einsätzen immer öfter missachtet und behindert oder gar tödlich angegriffen. Die sei unerträglich. Wichtig sei, dass die Öffentlichkeit für dieses Thema sensibilisiert werden müsse. Genau so wichtig sei es aber auch, dass die Politik für diese Kräfte Flagge zeige an den jeweiligen Einrichtungen, um damit auch ein Zeichen für die Wertschätzung zu setzen.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen betont, dass man mit dem Rathaus dabei Schwierigkeiten habe, weil es als historisches Gebäude auch gewisse Restriktionen vorhalte. Man nehme aber gerne die Anregung auf, eine Kampagne zu machen, z. B. auch über die City-Lights. Da könne man gerne für diese Menschen deutlich machen, dass sie zu unserer Stadt gehören und dafür sorgen, dass unsere Stadt eine lebenswerte und liebenswerte Stadt ist, in der für Menschen im Sinne der Daseinsvorsorge und des Katastrophenschutzes gesorgt werde.

Ratsherr Deumens (DIE LINKE) äußert, dass es auch in Aachen dramatische Vorfälle gegeben habe, die nicht zu tolerieren seien. Aber man müsse sich auch fragen, warum es zu dieser Entwicklung gekommen ist. Das habe natürlich gesellschaftliche Ursachen, die wir heute in diesem Rahmen nicht erörtern

können. Diese Ursachen dürfe man aber nicht aus dem Blick verlieren. Er stimme der Verwaltung zu, dass eine Aufhängung eines Banners am Rathaus und an anderen Gebäuden sicher nicht zielführend sei. Insgesamt unterstütze man aber den vorgelegten Beschlussentwurf.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) äußert Verständnis dafür, dass gesagt werde, dass es an einem historischen Gebäude Vorbehalte gebe und dass man es dort nicht lösen könne. Es sei aber definitiv machbar an Bezirksämtern und sonstigen Verwaltungsgebäuden. Sie bittet, dies auch zu berücksichtigen.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen regt an, in den Abstimmungstext einen Prüfauftrag an die Verwaltung zur Anbringung eines Banners aufzunehmen, um da, wo es möglich ist, auch dauerhaft eine Bildmarke zu positionieren.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt einstimmig die Verwaltung, das Thema Gewaltprävention im Allgemeinen sowie zukünftig in diesem Themenfeld anstehende Projekte noch stärker nach außen zu kommunizieren und öffentlich bekannt zu machen. Darüber hinaus soll zeitnah ein Bildmotiv (Key Visual) zur Bekundung von Respekt, Solidarität, Dank und Anerkennung der Stadt Aachen für den Dienst der Polizei, der Feuerwehr sowie der Ordnungs- und Rettungskräfte entwickelt und umgesetzt werden, mit dem die Beteiligten in die Öffentlichkeit treten können. Die Verwaltung wird beauftragt, die Positionierung eines Banners im öffentlichen Raum zu prüfen.

zu 10 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Oberbürgermeisterin Keupen teilt mit, dass der Haushalt für das Jahr 2022 nicht in der Oktobersitzung des Rates eingebracht werden könne, sondern erst in der Sitzung des Rates im November 2021. Es gebe derzeit noch einige Fragen, die vernünftig vorbereitet werden müssten.

Daher schlage die Verwaltung vor, die Verabschiedung des Haushaltes in einer Sondersitzung des Rates am 16.02.2022 vorzunehmen und gehe dazu von der Zustimmung der Fraktionen aus.

Ferner weist sie darauf hin, dass die Informationsveranstaltung zur Bundestagswahl am 26.09.2021 ab 18:00 Uhr im Eurogress unter Beachtung der 3-G-Regeln stattfinden werde.

Es gebe bisher schon ein sehr hohes Briefwahlaufkommen mit weit über 60.000 gestellten Briefwahanträgen. Beim Versand der Briefwahlunterlagen habe es kürzlich eine kleinere Panne gegeben, die aber ausgebügelt werden konnte. Ihr Dank gehe an alle Mitarbeitenden im Wahlamt.

zu 11 Sonderförderung für Flutopfer im Rahmen der städtischen Förderprogramme für Solaranlagen und energetische Gebäudesanierung

Vorlage: FB 36/0093/WP18

Ratsfrau Lürken (CDU) führt aus, dass die Erhöhung der Förderquote auf 50 % sehr sinnvoll sei. Ihre Fraktion würde sich aber wünschen, auch eine gezielte und gute Beratung in diesem Bereich sicherzustellen, weil zu den Anträgen auch immer viele Fragen aufkämen.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen äußert, dass dies auch im Rahmen der Altbau-Plus-Beratung fest implementiert sei. Dies werde aber noch eine große Aufgabe sein.

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Aachen beschließt einstimmig, für Betroffene der Flutkatastrophe die Förderquote aus den Programmen „Solaranlagen“ und „energetische Gebäudesanierung“ um jeweils 50% anzuheben, um die betroffenen Eigentümer*innen bei der Umsetzung zukunftsfähiger Lösungen für ihre Häuser und die jeweilige Energieversorgung zu unterstützen.

zu 12 "Sachstandsbericht zur Entwicklung in der Pontstraße" hier: Tagesordnungsantrag der SPD vom 02.09.2021

Vorlage: FB 32/0006/WP18

Ratsherr Servos (SPD) äußert seine Unzufriedenheit über die Vorlage der Verwaltung. Alle Fraktionen seien von der IG Pontstraße angeschrieben worden. Von dort aus sei beklagt worden, dass sich die Stadt bisher nicht dazu gemeldet hätte. Er würde gerne wissen, ob die Verwaltung inzwischen der IG geantwortet habe. Er habe zu diesem Thema einige erschreckende Bilder gesehen, bei denen er schon denke, dass für diese Missstände das Ordnungsamt zuständig sei und nicht die Polizei. Er habe den Eindruck, dass an dieser Stelle so ab ca. 3 Uhr nachts genauer hingeschaut werden müsste. Wichtig sei es, mit den Gastornomen vor Ort zu sprechen. Es würden von dort keine unsinnigen Forderungen gestellt und daher sollte zumindest ein Austausch möglich sein, u entsprechend reagieren zu können.

Ratsfrau Keller (SPD) führt aus, dass ihr heute Fotos aus der Pontstraße zugegangen seien. Die Inhaber der dortigen kleinen Eisdielen dächten aktuell ernsthaft darüber nach, ihr Geschäft aufzugeben, weil sie keine Nacht mehr schlafen könnten. Um 3 Uhr nachts würden Bands dort spielen. Der Eingang würde immer wieder in ekkliger Weise verschmutzt. Die Betreiber fühlten sich alleine gelassen und wüssten nicht mehr, was man tun könne. Sie bittet dringendst darum, dass mit den Menschen geredet wird.

HA/05/WP18

Ausdruck vom: 23.09.2021

Seite: 15/21

Ratsherr Allemann (DIE ZUKUNFT) pflichtet den Äußerungen des Ratsherrn Servos bei. Er finde den Beitrag der Verwaltung zu diesem Punkt sehr erstaunlich. Das sei in gewisser Form ein Herausstellen aus der Verantwortung. In der Pontstraße liege tatsächlich etwas im Argen. Seine Fraktion habe dort Gespräche mit den Betroffenen geführt. Das seien alles vernünftige Leute. Über dieses Problem müssen man sich wirklich Gedanken machen.

Ratsfrau Lürken (CDU) betont dass es wichtig sei, dass zu diesem Problem eine Diskussion geführt werde und ein Runder Tisch stattfinden müsse. Vielleicht könnten die Fraktionen dazu auch jeweils einen Vertreter entsenden. Die dortigen Fälle reichten weit über eine Zuständigkeit des Ordnungsamtes hinaus. Wenn es z.B. um Messereinsatz und Tötlichkeiten gehe, sei auch die Polizei gefordert. Sie denke auch an die beiden Ratsanträge, die ihre Fraktion hierzu eingebracht habe.

Wichtig sei der Bereich Pontstraße, aber auch der Elisenbrunnen und die Peterstraße. Man müsse versuchen, hierzu eine Gesamtlösung zu finden. Die Polizei müsse mehr Präsenz zeigen, die dann dort auch abschreckend wirken könne. Sie schlage vor, dass man dazu in eine Gesprächsrunde hineinkomme, um zu versuchen, die Probleme etwas mehr zu begleiten.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen äußert, dass sie über die Vorkommnisse in engem Austausch mit dem Rektor der RWTH stehe. Der Brief an die IG Pontstraße sei inzwischen abgeschickt worden.

Ratsherr Deumens (DIE LINKE) führt aus, dass die Zustände dort teilweise ziemlich schlimm seien. Da es auch zu Gewalttätigkeiten komme, reiche der Einsatz des Ordnungsamtes alleine nicht aus, sondern hierzu sei auch die Polizei gefragt. Vielleicht könne man eine strategische Partnerschaft zwischen Ordnungsamt und Polizei in diesem Bereich organisieren.

Frau Stadtdirektorin Grehling bestätigt nochmals, dass ein Antwortschreiben an die IG versandt worden sei. In diesem Schreiben habe die Stadt auch verdeutlicht, dass es nicht um Herausstellen aus der Verantwortung gehe, sondern vielmehr um das Bündeln von Zuständigkeiten. Dazu habe man auch vorher noch eine Abstimmung gesucht. Ausgangspunkt sei tatsächlich gewesen, dass die ordnungsrechtlichen Beschwerden für die Stadt nicht messbar gestiegen seien. Das Ordnungsamt habe keine 24-Stunden-Schicht und diese könne man auch nicht einführen. Seit geraumer Zeit habe man Probleme, die eingerichteten Stellen überhaupt besetzt zu bekommen. Wenn man Schichten erweitern wolle, bedeute das, dass im normalen Tagesbetrieb weniger Kräfte auf der Straße sein könnten. Dies gehe nicht.

Die Frage von Vorkommnissen entscheide auch darüber, in wessen Zuständigkeit diese fallen. Dies werde von der Polizei überhaupt nicht in Frage gestellt. Die Polizei habe auch schon reagiert. Die Besorgnisse einerseits und die Möglichkeiten andererseits müssten im Dialog und in einem Runden Tisch aufgegriffen werden. Es verstehe sich von selbst, dass das Ganze eingebettet werden müsse in einen

Dialog, der den gesamten Innenstadtbereich aufgreift. Man stehe in ständigem Austausch mit der Polizei. Die Ankündigung eines Dialoges in Form eines Runden Tisches sei auch gegenüber der IG verschriftet worden.

Ratsherr Servos (SPD) stellt klar, dass er nicht für irgendeine Law-and-Order-Politik plädiert habe. Bis zu einem gewissen Grad müsse eine Stadt natürlich auch ein Nachleben aushalten. Wenn in der Vorlage der Verwaltung stehe, dass die beschriebenen Zustände so nicht bestätigt werden könnten, die Gastronomen ihm am 11.09. aber sagten, dass sie von der Stadt noch nichts gehört hätten, sei das kritisch zu bewerten. Zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung hätten eigentlich die Gespräche schon geführt worden sein müssen. Aber wenn das jetzt laufe, sei das nun in Ordnung.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen antwortet, dass die Verwaltung im Hinblick auf den gesamten Innenstadtbereich derzeit mit Hochdruck unterwegs sei, was auch viele Kräfte binde. Mit unterschiedlichen Maßnahmen wolle man dazu beitragen, dass sich die Innenstadt wieder einem Normalzustand annähern könne. Es sollen nachhaltige Wirkungen erzielt werden. Kurzfristige Maßnahmen seien nicht geboten, vielmehr bedürfe es eines Gesamtkonzeptes, woran derzeit gearbeitet werde.

Ratsfrau Lürken (CDU) äußert, dass die CDU-Fraktion kein Problem damit habe, wenn Studenten dort feiern. Das gehöre dazu und dabei könne es auch einmal etwas lauter werden. Ein richtiges Problem sei aber, wenn die Vorkommnisse in den strafrechtlichen oder Ordnungswidrigkeiten- Bereich abrutschen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

zu 13 Offener Brief zum Thema "Hilfen für Hochwassergeschädigte"

hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 10.09.2021

Frau Oberbürgermeisterin Keupen führt aus, dass die Verwaltung derzeit dabei sei, die Stränge, die von Bund und Land vorgegeben wurden, mit den konkreten Bedarfen der Menschen vor Ort zusammen zu führen. Nach den Soforthilfen, die die erste Not an vielen Stellen lindern sollten, sei man jetzt dabei, die Phase der weitergehenden Wiederaufbauhilfe zu implementieren. Am Montag habe die Landesregierung das Programm dazu vorgestellt. Heute sei zur Umsetzung eine Telefonkonferenz mit der Bezirksregierung durchgeführt worden. Die Mitarbeiter*innen der Verwaltung seien dabei, sich mit der Unterstützung des Landes dazu fortzubilden. Man werde dann auch wieder vor Ort präsent sein können, um die Hilfen zu unterstützen. Das werde aber alleine nicht reichen. Da das 12,3 Mrd.-Paket des Landes bis zum 30.06.2023 laufen werde, müsse man die Dinge gut aufstellen, um den Wiederaufbau auch

HA/05/WP18

Ausdruck vom: 23.09.2021

Seite: 17/21

nachhaltig gestalten zu können. Man sei auch dabei zu klären, ob man Ausgleichsgrundstücke erwerben könne, um an einer anderen Stelle wiederaufbauen zu können. Im Rahmen der Evaluation des Klimafolgenanpassungskonzeptes, das 2018 auf den Weg gebracht wurde, werde eine Gefährdungskarte erstellt. Das werde auch raumplanerisch noch weitreichende Konsequenzen haben. Dieses sehr komplexe Thema stelle allè vor große Herausforderungen. Sie könne die Not der Betroffenen sehr gut nachvollziehen. Man müsse aber auch etwas Geduld haben. Die Maßnahmen müssten wirklich gut aufgestellt werden, damit sie solide sind. Doppelförderungen müssten ausgeschlossen und den Menschen eine gute Beratung gegeben werden.

Ratsfrau Lürken (CDU) erläutert, dass ihr das Hochwasser Aachen-Sief persönlich bisher nicht präsent gewesen sei. Sie hätte sich aber nun mit den dort Betroffenen unterhalten. Die Leute sagten, dass es nicht immer nur um Geld gehe, sondern um ganz konkrete Hilfe, z.B. wo man einen Statiker oder Techniker finden kann, der einem sagen kann, ob das Haus so stehen bleiben oder die Mieter drin wohnen bleiben könnten. In der Stadt Aachen habe es Ingenieurbüros gegeben, die kostenlos ihre Zeit zur Erstellung eines Standsicherheitsberichtes zur Verfügung gestellt hätten. Es gehe also um ganz konkrete unbürokratische Hilfe. Dies helfe manchmal mehr als 5.000 €.

Jetzt gehe es um die Anträge, die auszufüllen sind. Wenn man sich die rund 60 Seiten langen Richtlinien durchlese, stelle man fest, dass man da relativ schnell an seine Grenzen komme und bei größeren Schäden auch die Hilfe von Sachverständigen benötige. Daher sei der dringende Wunsch der CDU-Fraktion, dass die Menschen begleitet werden bei der Antragsstellung. Dies müsste dreigleisig geschehen: Telefonische Beratung, Beantwortung von Fragen auf der Homepage, aber auch Beratung vor Ort.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen antwortet, dass man bei der Hilfe zum Ausfüllen der Anträge in eine Situation kommen könne, bei der man in ein Haftungsproblem gerate. Das werde aber derzeit geprüft und man wolle selbstverständlich so viel beraten, wie man auch könne. Die Verwaltung sehe ihre Aufgabe eher in einer Lotsenfunktion. Was die Bewertung der Frage der Standsicherheit von Gebäuden angehe, könne man als Stadt dazu keine Aussage treffen, weil man dann ein Haftungsrisiko eingehe. Von Seiten des Landes gebe es eine Übersicht über Gutachter und auf diese Stellen werde man dann verweisen. Die Informationen auf der Homepage der Stadt würden stetig ergänzt. Ab Dienstag werde die Verwaltung in Kornelimünster vor Ort sein.

Beim Thema Katastrophenschutz / Bevölkerungsschutz sei man verwaltungsseitig dabei, die Grundlagen zu optimieren und das Meldewesen zu verbessern.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) betont, dass schon unglaublich viel Hilfe geleistet worden sei, unkonventionell und schnell. Jetzt sollte man aber nicht den Fehler machen, zu versuchen, großartige Konzepte zu entwickeln, sondern vielmehr daran weitermachen, was man bisher getan habe, nämlich schnell und unkompliziert zu helfen. Man solle es lieber gleich mit einer Beratung vor Ort versuchen, statt

abzuwarten, ob die Menschen die Möglichkeit haben, zu den Bezirksämtern hinzukommen. Was das Ausfüllen von Anträgen betrifft, werbe die Städteregion auf Ihrer Seite damit, dass man dabei helfe. Wenn dies die Städteregion könne, sei es schade, wenn die Stadt Aachen es nicht könne. Hierzu könne man sicher auch mit dem Städteregionsrat kommunizieren.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen erwidert, dass man dies natürlich gerne machen werde. Man werde da helfen, wo Hilfe gebraucht werde. Darauf könne man sich verlassen.

Ratsherr Servos (SPD) erläutert, dass er aus Bundesförderprogrammen im Forschungsbereich kenne, dass es häufig Agenturen geben, die auch Beratungen durchführen, obwohl die Anträge natürlich auf eigenes Risiko ausgefüllt werden müssten. Diese Agenturen würden aber vom zuständigen Bundesministerium unterstützt. Vielleicht könne man eine ähnliche Konstruktion hier auch auf niederschwelliger Ebene z.B. mit altbau plus finden. Er bittet darum, diese Idee einmal zu prüfen.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen bedankt sich für diese Anregung. Sie hoffe, dass man in der Ratssitzung im Oktober erste Erfahrungen zum weiteren Vorgehen berichten könne.

Gleichstellungsbüro & FB 11

Evaluation des Gleichstellungsplans

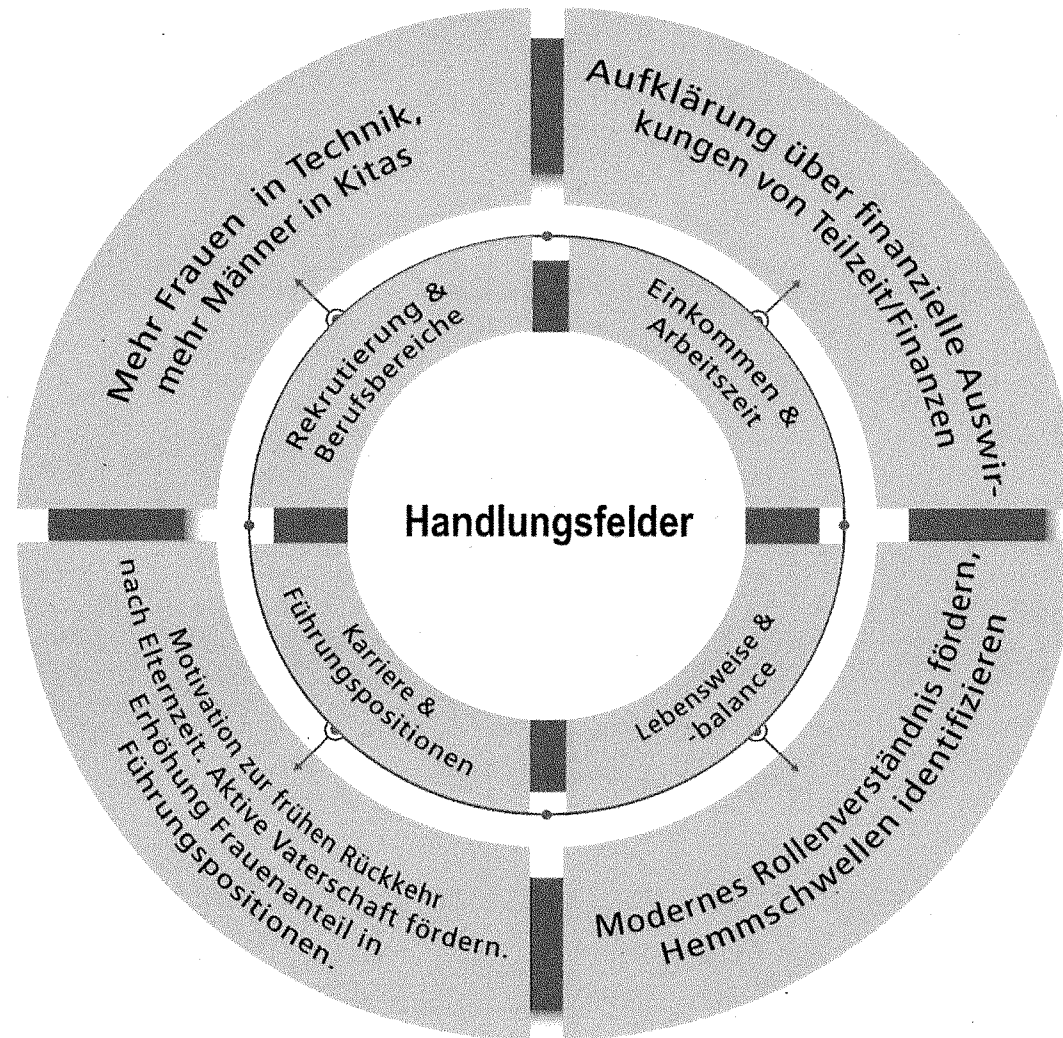
Chancengleichheit aller Geschlechter in
der Stadtverwaltung Aachen



www.aachen.de



Handlungsfelder



Handlungsfeld 1

Mehr Frauen in Technik, mehr Männer in Kitas

Grundsätzliche Rekrutierung

Zielgruppenspezifische Kampagnen

Feuerwehr, Kindertagesstätten, OGS
Ordnungs- und Sicherheitsdienst

Ausbildungsprogramm Notfallsanitäter*innen:
36 % Frauen = Steigerung

Praxisintegrierte Ausbildung: Erzieher*innen
Männer 2018: 12,5 % _ 2020: 22 %
Steigerung



Diverses Erscheinungsbild der Stadtverwaltung Aachen



Ausschreibungen: Genderstern, m/w/d

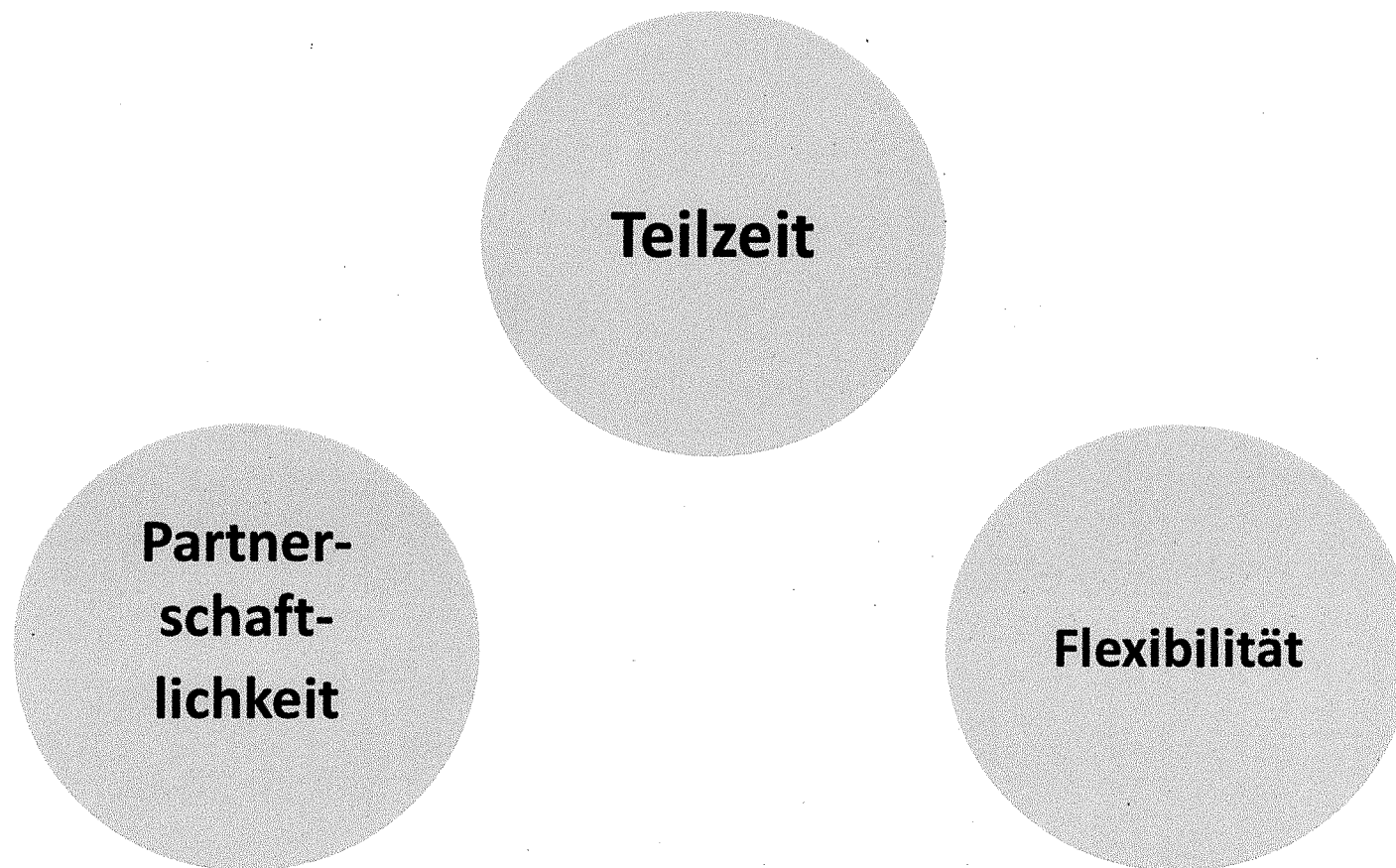
Karriereportal - Bestandteil der Unternehmenskultur:
Vereinbarkeit Familie + Beruf, Arbeitszeitflexibilisierung

Neue Ausbildungen /Ausbildungsformate:
innovative, zeitgemäße Konzepte + neue Bezeichnungen

Kein Anknüpfen an alte Rollenbilder und Geschlechterklischees

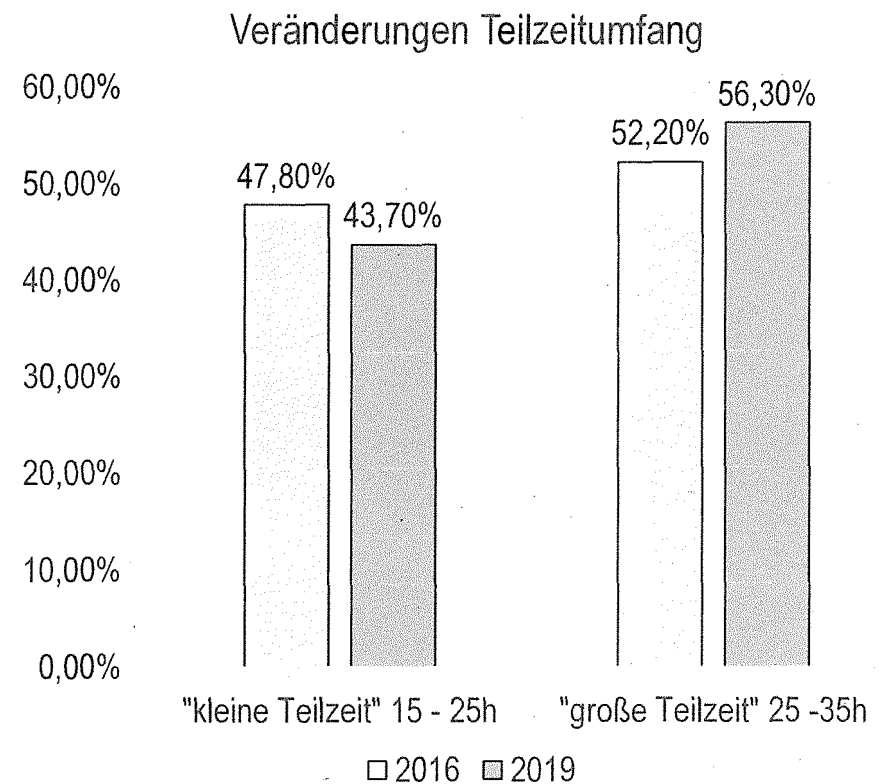
Nutzung zeitgemäßer Beschreibungen von Berufen für alle
Interessierten und deren unterschiedlichen Lebensformen

Handlungsfeld 2 Einkommen und Arbeitszeit



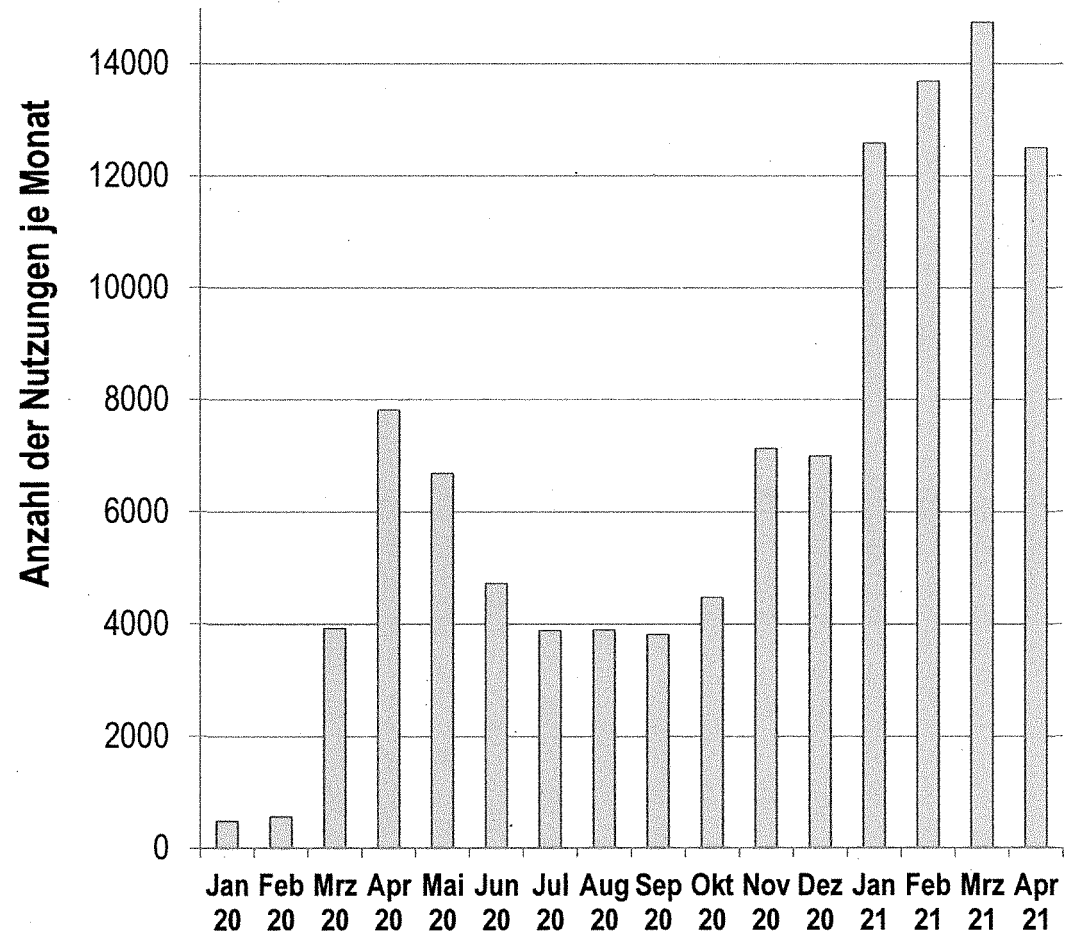
Teilzeit

- Anteil höherer Teilzeitbeschäftigungen steigt
- Frühere Rückkehr aus Elternzeiten
- Beratung: Teilzeit als „Familienthema“ und nicht als „Frauenthema“
- Doppelspitze/Führung und Teilzeit



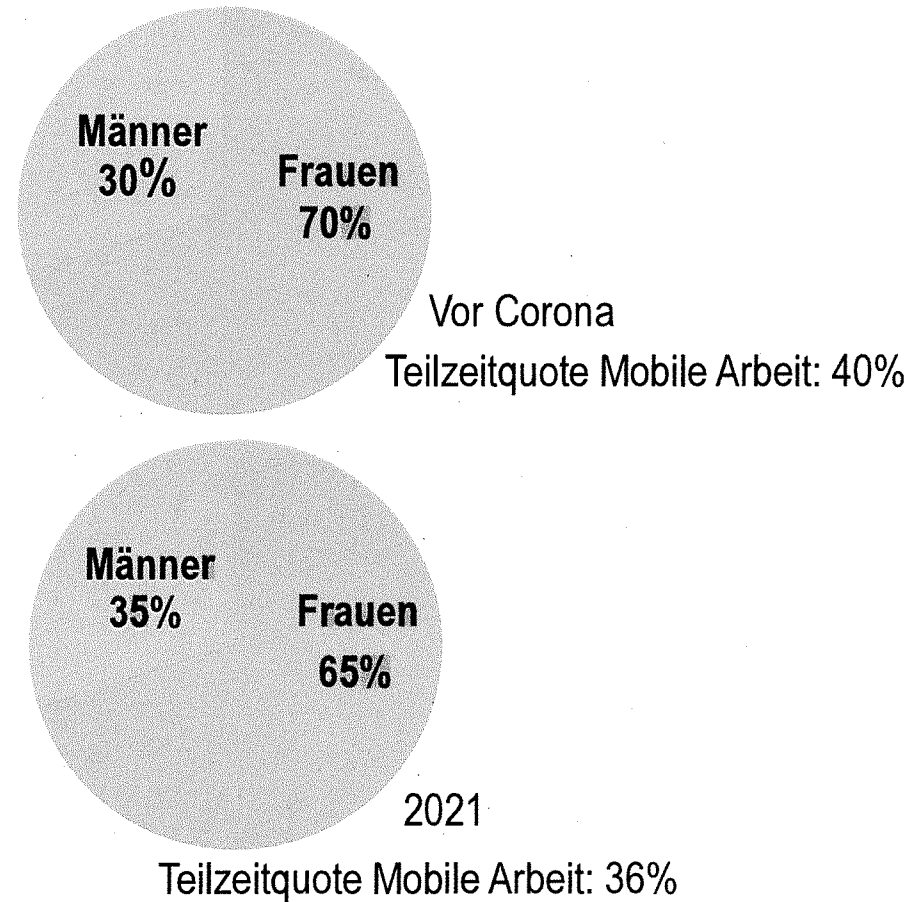
Corona – spontaner Flexibilisierungsschub

- Einrichtung von knapp 1000 Zugängen für mobile Arbeit
- Erweiterung des Gleitzeitrahmens auf 6 bis 21 Uhr – samstags kommt optional hinzu - wenn an einem anderen Tag z.B. wegen Kinderbetreuung nicht gearbeitet werden konnte
- Nutzbarmachung von Videokonferenz-Technologie



Veränderungen mobiler Arbeit seit Corona

- Mobile Arbeit wurde in großem Umfang genutzt
(bis zu 5 Tage/Woche)
- Neue Dienstvereinbarung „Mobile Arbeit“
- Führungskräfte aller Ebenen nutzen mobile Arbeit
(= heute Teil der Führungskultur)
- Arbeitstage wurden mehr gestückelt
(in Abhängigkeit z.B. von Betreuungssituationen von Kindern)



Handlungsfeld 3 Karriere und Führungspositionen

Teilzeitbeschäftigung

Telearbeit / mobile Arbeit



Karriereverläufe



Präsent ist...

... wer häufig gesehen/ wahrgenommen wird

... wer im direkten - auch informellen Kontakt - mit Kolleg*innen und Vorgesetzten steht.

Präzente Mitarbeiter*innen ...

... gelten als leistungsorientiert

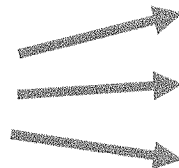
... betreiben gezielt "Networking".

Präsenz in Zeiten der Pandemie

Zunahme der Mobilen Arbeit

Kinderbetreuende Elternteile = Homeschooling zu mehr als 2/3 = Mütter

Sichtbar-Sein, Präsent-Sein in mobiler Arbeit:



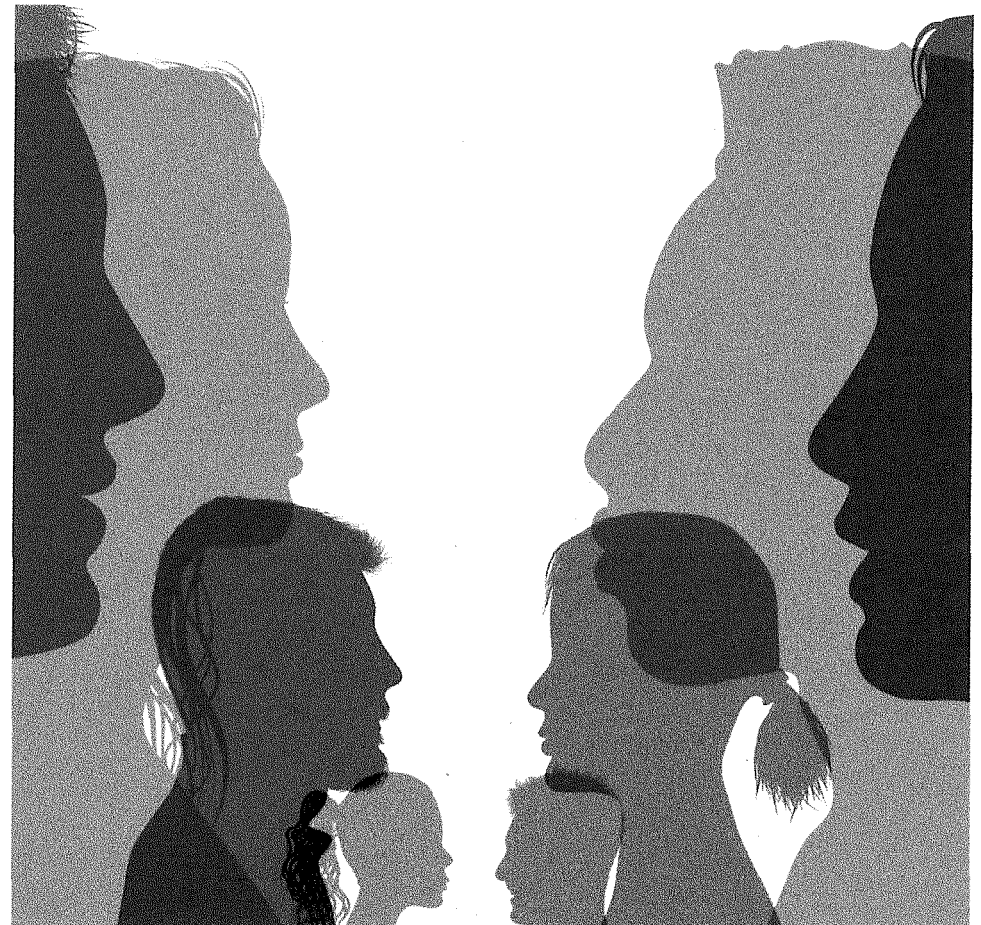
Ausbau: hybride Besprechungsformate

Bereitstellung: Team-Chat-Software

Etablierung: "Führen auf Distanz" (Unternehmenskultur)

Handlungsfeld 4 Lebensweise & -balance

- Zielrichtung: Männer und Teilzeit mehr in den Fokus nehmen
- Weiter aufklären und beraten hin zu mehr Partnerschaftlichkeit bei der Teilung von Erwerbs- und Sorgearbeit
- Väteraktionen
- Finanzfortbildung für Frauen



© melita / Adobe Stock

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Stadtverwaltung Aachen
Gleichstellungsbeauftragte

Sabine Bausch
Tel.: 0241 432 – 7457
Mail: sabine.bausch@mail.aachen.de



Stadtverwaltung Aachen
Fachbereich Personal, Organisation,
E-Government und
Informationstechnologie

Martina Augardt
Tel.: 0241 432 – 11202
Mail: martina.augardt@mail.aachen.de